

beitrag vielleicht mit etwas mehr Aufmerksamkeit begleiten sollte.

Ich war ohnehin am Ende

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

meiner Ausführungen und werbe noch einmal für unsere Änderungsanträge. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Erstens stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7629. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann ihm nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/7629** mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen der Piraten und Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7630. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann ihm nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten Drucksache **16/7630** mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimm-enthaltung der FDP-Fraktion und gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten **abgelehnt**.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/5413 – Neudruck. Der Rechtsausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7579 zur zweiten Lesung, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5413 – Neudruck – unverändert anzunehmen.

Wir kommen damit zur Abstimmung nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Gesetzentwurf Drucksache 16/5413 – Neudruck – selbst. Wer ihm seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. Wer kann diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/5413 – Neudruck** – mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten **angenommen**.

Wir kommen viertens zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 16/4155. Der Rechtsausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7578 zur zweiten Lesung, den Gesetzentwurf Drucksache 16/4155 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/4155 selbst. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das

Handzeichen. – Wer kann ihm nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/4155** der Fraktion der CDU mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **abgelehnt**.

Wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Ich rufe auf:

8 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7147

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/7554

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7610

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7621

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7643

dritte Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Herter das Wort.

Marc Herter¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns in der dritten Lesung. Die Argumente sind unseres Erachtens in der gestrigen zweiten Lesung hinlänglich ausgetauscht worden. Deshalb bleibt mir – auch im Namen des Kollegen Mostofizadeh von den Grünen – nur, Zustimmung zum Gesetzentwurf zu empfehlen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der österreichische Dichter Ernst Ferstl hat einmal gesagt:

„Alles wird teurer, nur die Ausreden werden billiger.“

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

So ist das auch hier in Nordrhein-Westfalen. So ist das auch bei dem Thema, das wir jetzt beraten, nämlich der anstehenden Erhöhung der Grunderwerbsteuer durch Rot-Grün.

Für die Bürgerinnen und Bürger wird offensichtlich alles teurer: In den Kommunen werden die Steuersätze erhöht. Im Landtag werden die Steuersätze erhöht. Es werden immer mehr Standards und Vorgaben gemacht, die alles teurer machen, ob das nun öffentliche, private Leistungen sind, ob es Gebühren sind. Heute erhöht Rot-Grün die Grunderwerbsteuer um weitere 30 %. Eine wunderschöne Bescherung!

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Offensichtlich ist es so, dass die Krokodilstränen, mit denen gestern die Ausreden zum Teil vorgetragen worden sind, es Herrn Kollegen Herter nicht mehr ermöglichen, sie in der dritten Lesung zu wiederholen. Das heißt, die Ausreden werden auch immer kürzer.

Sie nehmen die dritte Lesung nicht ernst, weil Sie ja sowieso wissen, dass Ihr Dilemma der Haushalt ist, dass Sie die Bürger weiter belasten, statt Strukturen in diesem Land zu verändern. Sie wollen den Menschen in die Hosentasche greifen,

(Marc Herter [SPD]: Nein, bestimmt nicht!)

anstatt Strukturen im Landeshaushalt zu verändern. Herr Kollege Herter, Sie haben ja noch Redezeit. Vielleicht erklären Sie dem stauenden Volk einmal, warum Sie wieder in die Taschen der Bürger greifen, anstatt Strukturen in diesem Lande zu verändern. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Optendrenk. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bezeichnend, wie die Koalitionsfraktionen hier im Haus Debattenverweigerung betreiben.

(Beifall von der FDP, der CDU und den PIRATEN)

Dabei hätten viele Aspekte eine Beleuchtung verdient.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Die Sachargumente, Herr Kollege Zimkeit, haben Sie ja von der breiten Mehrheit der Sachverständigen bei der Anhörung gehört. Alle haben sich gegen

diesen Gesetzentwurf zur weiteren Grunderwerbsteuerverhöhung ausgesprochen. Es ist die Fast-Verdoppelung der Grunderwerbsteuer binnen drei Jahren.

Es ist Zeichen eines schlechten Gewissens, in Ihrem Entschließungsantrag auf einmal die Sharedeals zu geißeln. Wir wissen mittlerweile, in wie vielen Fällen Landesunternehmen ihren Kunden diese Sharedeals angeboten haben, insbesondere die Portigon AG.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Woher wissen Sie das? – Zuruf von Daniela Schneckeburger [GRÜNE])

Deshalb ist Ihr erklärter Kampf gegen Sharedeals so glaubwürdig, als ob Sie E.ON sagen würden: Bei eurer Konzernumstrukturierung dürft ihr bitte keinen Kunstverkauf betreiben!

(Beifall von der FDP)

Diese Grunderwerbsteuerverhöhung hätte in diesem Parlament keine politische Mehrheit, wenn alle Abgeordneten ohne taktische Erwägungen frei abstimmen würden.

(Marc Herter [SPD]: Unverschämtheit! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die wollen zustimmen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie ist ein Kernanliegen der Grünen. Zahlreiche

SPD-Kollegen haben aber, wie mittlerweile bekannt ist, ihre Bedenken dagegen geäußert. Ihnen geben wir die Chance, dies bei einer namentlichen Abstimmung zu unterlegen. Das kann in der Tat – so kurz vor den Feiertagen – eine Sternstunde für dieses Parlament werden.

(Marc Herter [SPD]: Die von Ihnen eingeleitet wird!)

Wir haben es schon in der letzten Legislaturperiode erlebt, dass ein Staatsvertrag dieser Regierung keine Mehrheit im Parlament gefunden hat. Heute können Sie Geschichte schreiben: die erste beantragte Steuererhöhung der Regierung, die im Parlament keine Mehrheit bekommt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Was bedeutet diese 30%ige Steuererhöhung in der Praxis? Dieses zweifelhafte Weihnachtsgeschenk von Ihnen sollten wir noch einmal etwas näher beleuchten.

Es ist, wenn man sich einmal die aktuellen Steuereinnahmen anschaut, für die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in Mülheim vielleicht nicht ganz so gewichtig. Da kostet das ab nächstem Jahr eben „nur“ 5 Millionen mehr. Auch für Oberhausen, also bei Herrn Stefan Zimkeit, der sich eben mit einem Zuruf betätigt hat, sind es „nur“ 5 Millionen. Aber wie sieht es zum Beispiel in der Stadt Köln aus? – Da darf Kollege Börschel dann erklären, dass ab

1. Januar 2015 Ihr beabsichtigtes Abstimmungsverhalten die Kölner Steuerzahler mal eben zusätzlich 65 Millionen € kostet. – Wo ist er eigentlich, der Herr Börschel?

(Zurufe: Wo ist der Börschel?)

Wie sieht es in der Landeshauptstadt Düsseldorf aus? Da darf Markus Weske dann erklären, dass das die Düsseldorfer Bürger jedes Jahr mit 60 Millionen € mehr belastet. Wie das eigentlich in Bonn, Frau Hendricks oder Herr von Grünberg? Dort gibt es 20 Millionen € jährliche Mehrbelastung. Meine Essener Kollegen Britta Altenkamp, Thomas Kutschaty, Dieter Hilser und Peter Weckmann dürfen auch erklären, dass es 20 Millionen € Mehrbelastung geben wird. Das gilt ebenso für Nadja Lüders in Dortmund und für Svenja Schulze in Münster: Bei Zugrundelegung der aktuellen Steuereinnahmen ist das für die Großstädte unseres Landes überall die zusätzlich sich ergebende Belastung. In Aachen hat es Herr Schultheis etwas leichter. Da sind es dann 17 Millionen € Mehrbelastung, die er verkaufen muss. Ich könnte das beliebig so fortsetzen.

Deshalb sagen wir Ihnen: Dieser zweite Schritt einer De-Facto-Verdoppelung der Grunderwerbsteuer ist falsch. Er belastet insbesondere junge Familien, Selbstständige sowie kleinere und mittlere Unternehmen. Diese Grunderwerbsteuererhöhung ist eine Modernisierungsbremse für den Wohnungsbau. Sie ist schädlich für die städtebauliche Entwicklung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Sie ist schädlich für das Ziel, das Sozialdemokraten ansonsten häufig haben, nämlich auch Arbeitnehmerhaushalten Vermögensbildung zu ermöglichen.

Wir als FDP-Landtagsfraktion lehnen Ihren Gesetzentwurf ab. Die schönste Bescherung in den Weihnachtstagen für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ist, dass Sie nun gegen diesen Gesetzentwurf stimmen und ihn ablehnen. Er ist falsch, bleibt falsch und gehört deshalb abgelehnt. – Frohe Weihnachten!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal! Die Bürgerinnen und Bürger werden möglicherweise heute oder in nächster Zukunft – vielleicht aber auch später; ich sehe Schülerinnen und Schüler dort oben sitzen – von dieser erhöhten Grunderwerbsteuer, die heute hier beschlossen wird – uns sozial, wie sie ist –, nicht profitieren, sondern belastet.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Die Landesregierung wird von den sie tragenden Fraktionen – ich möchte es mal so sagen – vorgeführt. Klar, 400 Millionen € Mehreinnahmen, prognostiziert für 2015 und die folgenden Jahre, helfen. Sie sind ein Tropfen auf den heißen Stein, gleichen aber letztendlich die Verluste aus, die es insbesondere auch durch dieses Desaster um die Beamtenbesoldung gab. Und sie tragen dem hehren Ziel des Herrn Finanzministers Rechnung, der eigentlich 700 Millionen € einsparen wollte. Es sind am Ende nur um die 220 Millionen € pro Jahr geworden. Da muss natürlich eine Steuererhöhung her. Etwas anderes fällt den Regierungsfractionen von Rot-Grün offenbar nicht mehr ein.

(Beifall von den PIRATEN und der CDU)

Es fällt ihnen – trotz des Votums von 21 von 23 Sachverständigen – insbesondere nicht ein, in sich zu gehen und dieses Gesetz gemeinsam mit ihrem ehemaligen haushalts- und finanzpolitischen Sprecher in die Tonne zu kloppen zurückzuziehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Sie hätten über Wochen und Monate die Gelegenheit dazu gehabt. Offensichtlich gibt es in den Reihen der SPD noch einige Kolleginnen und Kollegen, von deren namentlicher Erwähnung wir ja wahrscheinlich gleich, im Rahmen einer Protokollnotiz oder was auch immer es sein mag, überrascht werden, die sagen: Das, was wir hier machen, ist nicht mehr Sozialdemokratie; es entspricht nicht dem Finanzkonzept, welches die Sozialdemokratie im Lande Nordrhein-Westfalen tragen möchte.

Ich habe allerdings noch nicht von Übertritten zur CDU, zur FDP oder zu den Piraten gehört. Dazu wird es wahrscheinlich auch nicht kommen. Zu wenig Gewicht scheint dieser Gesetzentwurf zu haben. Und er hat es auch – wie ich eben sagte, ist es ein Tropfen auf den heißen Stein.

Gleichzeitig stellt sich der Finanzminister immer wieder gerne vor jedes Mikrofon und verdammt die Steuervermeidungsstrategien von großen Unternehmen bzw. Konzernen. Im eigenen Land, vor der eigenen Tür kehrt er aber nicht. Er lässt es, obwohl im Aufsichtsrat von Portigon sitzend, zu, dass Portigon die Herzogterrassen – sprich: die ehemaligen WestLB-Gebäude – an einen amerikanischen Investor, einen der größten, wenn nicht gar den größten Investor weltweit, verkauft mit der Folge, dass dieser in Nordrhein-Westfalen aufgrund der nach dem Grunderwerbsteuergesetz möglichen sogenannten Sharedeals keine Grunderwerbsteuer bezahlen muss.

(Zuruf von der FDP: Nicht nur dort!)

– Nicht nur dort! Auch andere landeseigene Betriebe haben diese durchaus legalen Steuerschlupflöcher genutzt. Allerdings muss man sich fragen, ob

man dann, wenn die Landesregierung an Aufsichtsgremien dieser Unternehmungen beteiligt ist, dem, was hier oftmals gesagt wird, noch Glauben schenken kann. Ich sage: Nein, denn bisher ist im Hinblick auf das Stopfen von Steuerschlupflöchern in der Bundesrepublik Deutschland auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen nicht viel bis gar nichts passiert.

(Beifall von den PIRATEN)

Auch die im Beratungsverfahren angeklungene, durch die Landesregierung oder durch Rot-Grün nach vorne gebrachte Eliminierung von RETT-Blockern hat eben nicht dazu geführt. Zwar wurde das Grunderwerbsteuergesetz 2013 geändert. Allerdings wurde dann eine andere Variante gewählt, die im Prinzip den gleichen steuerlichen Effekt hat, von dem ich eben berichtet habe.

Die Position der Piratenfraktion in Nordrhein-Westfalen ist eindeutig. Wir lehnen diese Grunderwerbsteuererhöhung ab.

(Beifall von den PIRATEN)

Solange Steuerumgehungsmöglichkeiten nach dem Grunderwerbsteuergesetz – insbesondere nach § 1 Abs. 2a und 6a des Grunderwerbsteuergesetzes – nicht eliminiert worden sind, lehnen wir sie weiterhin ab, und zwar so lange, wie wir nur von Lippenbekanntnissen hören.

Der Entschließungsantrag von Rot-Grün ist insofern bezeichnend, als er in seiner Ziffer 2 immerhin die Eliminierung der sogenannten Sharedeals von der Landesregierung fordert. Diesem Teil des Antrags stimmen wir gerne zu. Insofern hatte ich bereits gestern gesplittete Abstimmung beantragt.

Bei dem anderen Teil werden wir uns enthalten.

Dem heute vorliegenden Entschließungsantrag der FDP werden wir selbstverständlich zustimmen, da er unserem außerordentlich ähnlich ist.

Im Übrigen empfehle ich meiner Fraktion, wie gesagt, die Grunderwerbsteuererhöhung für das Land Nordrhein-Westfalen abzulehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Optendrenk, wenn Sie sagen, die Ausreden sind immer billiger geworden, wie das Ernst Ferstl festgestellt hat, kann ich nur sagen: Zu diesen Ausreden gehören auch Dinge, die man verschweigt, nämlich, dass Sie anstelle der Erhöhung der Grunderwerbsteuer in derselben Größenordnung Mehrbelastungen für

Studierende und für Eltern mit Kindern gebracht hätten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Mit Ihnen wäre es also nicht billiger, nur anders teurer geworden.

Ich lasse mich – das ist meine zweite Bemerkung – nicht diskreditieren – Herr Schulz und andere haben darauf hingewiesen, Herr Witzel tut das gerne –, dass ich mich nicht für die Schließung von Steuerschlupflöchern einsetze. Sie reden über eine Regelung, eingeführt von Schwarz-Gelb, die für Unternehmen galt, die zu 99 % verkauft werden konnten, um immer noch die Grunderwerbsteuer zu sparen. 1999 ist diese Regelung verschärft worden, dass es nur noch 95 % sein dürfen.

Ich habe gestern schon gesagt, wenn wir sehen, dass hier Missbrauch mit legalen Mitteln betrieben wird, machen wir weitere Vorstöße. Ich gehe davon aus, dass ich dann Ihre Zustimmung habe; das nehme ich von hier aus mit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund begrüße ich, dass die beiden Regierungsfraktionen diesen Weg der Einnahmenverbesserung wählen und nicht den, den Sie beschritten hätten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, es gab noch eine Zwischenfrage des Kollegen Abruszat. – Bitte schön, Herr Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Herzlichen Dank, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Da die Kollegen Marc Herter und Mehrdad Mostofizadeh nicht oder nur ganz kurz versucht haben, ihren Entschließungsantrag zum eigenen Gesetz zu begründen,

(Marc Herter [SPD]: Gestern!)

habe ich eine Verständnisfrage zum Entschließungsantrag von Rot-Grün. Herr Minister, vielleicht können Sie erhellen, was die Sozialdemokraten und die Grünen fordern. Im Entschließungsantrag heißt es, dass eine Bundesratsinitiative ergriffen werden soll – das sollen Sie machen –, „um im Wege einer insgesamt aufkommensneutralen bundeseinheitlichen Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes ... den Grunderwerb“ – jetzt kommt es – „nach Zweck und Region durch Zu- und Abschläge gestaffelt zu besteuern.“

Verstehe ich das richtig, dass demnächst in einer Stadt wie Düsseldorf weniger Grunderwerbsteuer zu zahlen ist als in einer Stadt wie Porta Westfalica oder in der Gemeinde Rosendahl? Habe ich das richtig verstanden, dass das die Intention ist, die Sie

im Bundesrat mit einer entsprechenden Initiative auf den Weg bringen sollen?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Sie stellen jetzt die Frage an jemanden, der sie Ihnen nicht beantworten kann, weil er nicht der Initiator ist.

(Lachen und Zurufe von der FDP)

– Ja, gerne. – Wenn Sie nicht mehr weiter wissen,

(Unruhe von der FDP)

überlegen Sie sich irgendeinen kleinen Trick! Wir sind doch hier im Parlament, in dem die Fraktionen sitzen. Reden Sie doch miteinander! Ich werde mir angucken, was in diesem Parlament beschlossen wird, und damit wird die Landesregierung umgehen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Dr. Optendrenk zulassen? – Bitte.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Minister, herzlichen Dank, dass Sie auch diese Zwischenfrage zulassen. Sie haben schon gestern das Signal mitgenommen, dass wir das Thema „Sharedeals“ genauso kritisch sehen wie Sie. Offensichtlich haben Sie sich aber mit dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen beschäftigt. Denn wie sonst kommen wir dazu, uns im Parlament überhaupt damit zu beschäftigen? Das war ja das, was die Koalitionsfraktionen gesagt haben.

Gehe ich richtig in der Annahme, dass Sie die weiteren Inhalte dieses Entschließungsantrags in der Sache genauso teilen, wie Sie in der „Rheinischen Post“ neulich erklärt haben, dass Sie den Gesetzentwurf zur Grunderwerbsteuererhöhung sympathisch finden?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Nein, ich habe in der „Rheinischen Post“ erklärt, dass ich diesen Vorstoß der Regierungsfaktionen nachvollziehen kann, ihn richtig finde, weil – ich habe es eben noch mal gesagt – es darum geht, dass wir die Schuldenbremse einhalten und trotzdem als Land handlungsfähig bleiben wollen. Das wollen wir bewahren.

Jedem Menschen in diesem Land wird es einleuchten, dass damit auch Kosten verbunden sind. Die werden bei uns nicht versteckt, und es wird nicht so

getan, als wenn man Einsparungen machen würde, wenn man Studierenden 500 € im Semester abnimmt oder Eltern damit belastet, dass sie für ihre Kinder bezahlen müssen. Das ist der Unterschied.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund stimme ich dem Vorhaben gerne zu und werde mich auch sehr konstruktiv mit diesen Vorschlägen beschäftigen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat sich Kollege Zimkeit gemeldet.

Stefan Zimkeit¹⁾ (SPD): Sehr geehrter Herr Abruzat, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Sie den Unterschied zwischen Regierungsaufgaben und Parlamentsaufgaben scheinbar noch nicht ganz nachvollzogen haben, möchte ich Ihre Frage gerne beantworten.

(Zurufe von der FDP: Oh! – Zuruf von der FDP: Bleiben Sie auf dem Teppich!)

Die Antwort auf den ersten Teil der Frage ist: Nein. Wir wollen mit diesem Entschließungsantrag die Situation des sozialen Wohnungsbaus verbessern. Sie waren schon mal dagegen. Aber wir halten das für dringend notwendig – deswegen diese Initiative.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen, dass diese Entscheidung nicht auf breiten Beifall stößt. Wir halten es aber im Interesse des Landes für notwendig, auch unpopuläre Maßnahmen zu treffen. Das tun wir hier.

(Zurufe von der FDP)

Herr Schulz, in diesem Zusammenhang weise ich eines in aller Deutlichkeit zurück: Wir haben es nicht nötig, uns von Ihnen belehren zu lassen, was sozialdemokratische Politik ist. Das wissen wir immer noch selbst am besten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von den PIRATEN)

Herr Witzel, was Ihren Auftritt angeht, so verwechseln Sie sowieso immer Redelänge mit Redequalität. Aber wenn es in unserer Fraktion Zweifler gegeben haben sollte – nach Ihren Redebeiträgen werden sie davon überzeugt sein, dass wir die richtige Entscheidung treffen. Ihre Argumentation hat das Gegenteil bewiesen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Welche Krokodilstränen Sie vergießen, hat der Minister sehr deutlich gesagt. Ich fordere Sie auf, das nächste Mal, wenn Sie mit der Wiedereinführung von Kindertageseinrichtungsgebühren kommen, Ihren Kollegen genauso vorzulesen, wie Sie Familien mit einem, zwei oder drei Kindern mit diesen Ge-

bühren belasten. Das zeigt nämlich, wie unehrlich Ihre Argumentation ist.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Karlheinz Busen [FDP], Christian Lindner [FDP] und Christof Rasche [FDP] – Weitere Zurufe von der FDP)

– An Ihrer Aufregung kann ich sehr genau sehen: Das trifft Sie, und Sie wissen, wie unehrlich Ihre Argumentation ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen spricht der Kollege Mostofizadeh.

(Unruhe)

– Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte jetzt um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. – Bitte schön, Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur eines deutlich machen hier in diesem Rund. Hier sitzen zwei Fraktionen und noch eine Zusammensetzung von mehreren Einzelpersonen, die in den Haushaltsberatungen Mehraufwendungen in Milliardenhöhe von diesem Landtag gefordert haben und gleichzeitig die Landesregierung dafür geißeln, dass sie den Haushaltsausgleich nicht hinbekommt!

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind bigott. Das ist nicht in Ordnung. Herr Laschet hat sich sogar gestern geschämt, zu sagen, dass er Studiengebühren einführen will. Er will Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen einführen! Die FDP sagt es offen.

(Zuruf: Blödsinn!)

Die Kollegen von den Piraten machen ja Folgendes: 2 Milliarden € wollen sie mehr ausgeben, stellen Anträge in Höhe von 400 Millionen

(Zuruf von den PIRATEN: Was?)

und werfen dann dem Finanzminister vor, dass er den Haushaltsausgleich nicht hinbekommt. Das ist doch lächerlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir schon von Berlin sprechen, Herr Kollege Lindner: Ohne diese Ausnahmeregelung bei der Erbschaftsteuer, die Sie fabriziert haben, hätten wir ein Potenzial von mindestens 1 Milliarde € für Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der FDP)

Dann bräuchten wir die Grunderwerbsteuererhöhung nicht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schulz zulassen?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Nein, das möchte ich nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen dafür sorgen, dass wir Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren schaffen, dass wir Hochschulen sanieren können, dass wir Justizvollzugseinrichtungen in Ordnung bringen.

(Zurufe von der FDP)

Und Sie helfen nicht mit! Der Kollege Kufen aus Essen zum Beispiel schafft es sogar, einerseits 18 Millionen € aus dem Stärkungspakt extra zu fordern, und dann andererseits in seiner Fraktion und hier im Landtag gegen den Stärkungspakt zu stimmen. Das ist die Bigotterie von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie so kurz vor Weihnachten Weihnachtsgeschenke einsammeln wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, dann empfehle ich Ihnen einen Rechner, und zwar möglichst ohne Programmierfunktion, damit Sie lernen, eins und eins zusammenzuzählen. – Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, es liegt eine Kurzintervention des Herrn Abgeordneten Schulz vor. Bitte schön, Herr Kollege Schulz. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen herzlichen Dank, Herr Präsident. – Lieber Herr Kollege Mostofizadeh, da sind, glaube ich, gerade bei Ihnen ein bisschen die Zahlen durcheinandergelassen. Wir sind weit davon entfernt, Änderungsanträge im Haushaltsberatungsverfahren von zwei Milliarden oder mehr Volumen gestellt zu haben. Unsere Anträge beliefen sich auf round about 390 Millionen €.

(Zurufe von der SPD)

Der ganz entscheidende Punkt bei dieser ganzen Angelegenheit der Haushaltsänderungsanträge ist, dass das Gesamtvolumen dem Änderungsvolumen ähnlich ist derjenigen Anträge, die Sie selbst im Laufe des Beratungsverfahrens gestellt haben. Das betrifft insbesondere den von Ihnen hier so gerne als Ei des Kolumbus präsentierten Finanzierungsaufwand in Bezug auf die Schulsozialarbeit. Da müssen wir noch einmal ganz klar betonen, dass das auch einer der Knackpunkte hier im laufenden

Beratungsverfahren wie auch schon im letzten Beratungsverfahren war.

Hinzu kommt Folgendes, da es ja hier um die Grunderwerbsteuer geht und um die Frage der Finanzierung, insbesondere um die Frage der Gegenfinanzierung von Anträgen, egal welchen Volumens: Wir haben und Sie haben im Oktober 2013 einen Antrag hier im Plenum abstimmen lassen – der wurde mit der Mehrheit der Regierungsfractionen angenommen –, wonach Sie mit einer Steuerermehraufkommenserwartung von 160 Milliarden € pro Jahr die Landesregierung aufgefordert haben, ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Dietmar Schulz (PIRATEN): ... Steuerschlupflöcher schließen zu lassen, Lizenzboxen zu bekämpfen etc.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege!

Dietmar Schulz (PIRATEN): Wollen Sie bitte doch zur Kenntnis nehmen, dass eben die Grunderwerbsteuer von Ihnen nur ein Notanker ist, um das Volumen, das Sie hier in den Haushalt eingebracht haben, ansatzweise gegenzufinanzieren?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen Beitrag muss man fast nicht kommentieren.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Dann lassen Sie es doch!)

Wenn man mitgeschrieben hätte, hätte man feststellen können: Ich habe in meinem Redebeitrag gesagt, Sie haben Forderungen von 2 Milliarden € gestellt und für 400 Millionen Anträge. Das ist exakt das, was Sie jetzt bestätigt haben.

Nur in Ihrem Beitrag ist etwas anderes deutlich geworden:

(Zuruf von den PIRATEN: Lesen Sie das Protokoll!)

Sie wollen keine Grunderwerbsteuer. Sie wollen mehr Geld für die Hochschulen. Sie wollen mehr Geld für das KiBiz. Sie wollen mehr für dieses und jenes. Sie sind aber nicht bereit, die Gegenfinanzierung auf den Tisch zu legen. Sie sind schlichtweg nicht in der Lage, eins und eins zusammenzurechnen. Deswegen wird sich Ihr Wahlergebnis auch entsprechend auswirken.

In Richtung CDU und FDP erlaube ich mir, noch einmal zu sagen: Das, was Sie machen, ist eine

Täuschung der Wählerinnen und Wähler, weil Ihre Konzepte schlichtweg nicht umsetzbar sind!

(Anhaltender lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Droste das Wort.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gerade hier gesagt worden. Niemand hier im Saal vonseiten der SPD lässt sich vortragen, was sozialdemokratische Politik ist.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

In der Tat: Das würde ich mir auch nie anmaßen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Davon haben Sie auch keine Ahnung! – Britta Altenkamp [SPD]: Das ist auch jenseits Ihrer Gedankenwelt!)

Aber wir würden uns gerne anmaßen, vorzutragen, was Sozialpolitik ist, und das haben Sie bei diesem Antrag nicht berücksichtigt.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Das, was Sie tun, ist und bleibt in hohem Maße unsozial.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich habe Ihnen die Zahlen sehr deutlich aufgezeigt. Das ist belegbar.

Ich möchte einen weiteren Aspekt anführen, Herr Minister. Zu rügen gilt es auch die Kurzfristigkeit der Ankündigung. Nehmen Sie einfach mal zur Kenntnis, wieviel tausend Menschen in diesen Tagen und Wochen – erlauben Sie bitte: der eine oder andere ist noch in der Lage, aus seiner beruflichen Tätigkeit hier zu erzählen –,

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Teilzeit-Abgeordneter!)

auch aus Verbrauchersicht ...

(Nadja Lüders [SPD]: Er verdient noch daran!)

Ich verdiene ganz sicher nicht an der Grunderwerbsteuer. So weit ist es noch nicht gekommen. Wir können darüber reden.

Der Punkt ist: Denken Sie bitte daran – ich erlebe es tagtäglich –, in dieser Kürze der Zeit – das sage ich noch einmal – wird ein Gesetz angekündigt. Über ein Jahr wäre das auch nicht gut gewesen, aber deutlich besser. Aber dieser Schnellschuss,

der jetzt passiert: Es gibt auch viele Leute, die jetzt unter einem erheblichen Druck stehen, weil sie eben nicht in das nächste Steuerjahr geraten wollen und möglicherweise jetzt – ich erlebe es, wir schicken auch Leute nach Hause – eine Kaufentscheidung fällen wollen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Sagen Sie: Ist Ihnen dieses Thema so unangenehm, dass Sie immer reinjohlen müssen? Hören Sie doch einfach nur zu!

(Lebhafter Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Ich sage nur – das trage ich völlig wertfrei vor, hören Sie sich es doch in aller Ruhe an –: Es gibt viele Menschen in diesem Lande, die jetzt eine Kaufentscheidung fällen, aus dem vermeintlichen Duck heraus, Steuern zu sparen in der Kürze dieser Zeit. Sie gehen Verpflichtungen und Verbindlichkeiten ein, die sie möglicherweise zehn oder 15 Jahre an den Hacken haben, die, wenn sie besonnen entschieden hätten, nie eingegangen wären. Das kommt noch obendrauf. Wenn Sie sich wenigstens einen längeren Zeitraum ausbedungen hätten, gesagt hätten, wir machen es zum 1. April oder zum 1. September, dann wäre noch ein bisschen was gewonnen gewesen.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, die Redezeit!

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Ich sage Ihnen voraus: Dieses Gesetz wird in Kombination zu den nicht gewollten, nicht gekonnten, nicht beabsichtigten Strukturveränderungen in diesem Land, die Kollege Optendrenk eben noch einmal angemahnt hat, Ihnen noch lange wie ein Mühlstein am Hals hängen. Gehen Sie einmal davon aus. Deshalb: Lassen Sie es! Das ist der letzte Appell. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Droste. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/7554, den Gesetzentwurf Drucksache 16/7147 unverändert anzunehmen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Gesetzentwurf.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen von CDU und FDP haben gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** zu

dem Gesetzentwurf Drucksache 16/7147 beantragt. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder mit Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Ich bitte nun den Herrn Abgeordneten Bolte, mit dem Aufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt. *[Abstimmungsliste siehe Anlage]* – Nach dem Aufruf von Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD] Zurufe von der CDU: Wo ist Herr Börschel? Matthi Bolte [GRÜNE]: Herr Börschel ist entschuldigt ... – Lautes Lachen und lebhafter Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN – ... wie 11 andere Abgeordnete auch! – Der Namensaufruf wird fortgesetzt. – Herr Hausmann und Herr Hegemann sind entschuldigt. – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von den PIRATEN: Die sind aber schon den ganzen Tag entschuldigt! – Der Namensaufruf wird fortgesetzt.)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Haben alle Abgeordneten, die sich im Hohen Haus befinden, ihre Stimme abgegeben, oder gibt es Nachmeldungen? – Ich sehe niemanden, der sich meldet.

Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein Ergebnis – je nach Perspektive eine schöne oder eine nicht schöne Bescherung.

(Heiterkeit von Lutz Lienenkämper [CDU])

– Das passte gerade. – Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Ihre Stimme abgegeben haben 217 Abgeordnete. Mit Ja stimmten 118 Abgeordnete, mit Nein 99 Abgeordnete; kein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/7147 in dritter Lesung angenommen und verabschiedet.**

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun kommen wir zu weiteren Abstimmungen, und zwar zunächst zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/7610.

Die Fraktion der Piraten hat gemäß § 42 unserer Geschäftsordnung Einzelabstimmung zu den beiden Ziffern des Forderungskatalogs beantragt. Die antragstellenden Fraktionen haben dem bereits zugestimmt. Gibt es Bedenken gegen die Einzelabstimmungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit stimmen wir zunächst über die Ziffer 1 des Entschließungsantrags Drucksache 16/7610 ab. Wer stimmt dieser Ziffer zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt gegen diese Ziffer? – Die FDP. Wer enthält sich bei dieser Ziffer? – CDU und Piraten enthalten sich. Damit ist die **Ziffer 1 des Entschließungsantrags Drucksache 16/7610** mit der Mehrheit von Rot und Grün **angenommen**.

Dann stimmen wir über die Ziffer 2 des Entschließungsantrags Drucksache 16/7610 ab. Wer stimmt dieser Ziffer zu? – SPD und Grüne sowie die Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist die **Ziffer 2 des Entschließungsantrags Drucksache 16/7610** mit Mehrheit **angenommen**.

Nun stimmen wir insgesamt über den Entschließungsantrag Drucksache 16/7610 ab. Wer stimmt in der Gesamtabstimmung dem Entschließungsantrag zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Es enthält sich die Piratenfraktion. Damit ist so entschieden und der **Entschließungsantrag Drucksache 16/7610** mit Mehrheit **angenommen**.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/7621. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Wie zu erwarten war, die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Es enthält sich die CDU-Fraktion

(Zurufe)

– und Teile der FDP-Fraktion? – Alle von der FDP! Das ändert nichts an dem Ergebnis, dass dieser **Entschließungsantrag Drucksache 16/7621** mit Mehrheit **abgelehnt** ist.

Jetzt kommen wir zum Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/7643. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag der FDP-Fraktion zu? – Die FDP-Fraktion, die Fraktion der Piraten und die CDU-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD und Grüne. Obwohl schon gerufen wurde, das Erstere sei die Mehrheit gewesen, sind wir uns hier oben einig: Die Mehrheit war Rot-Grün. Damit ist auch dieser **Entschließungsantrag Drucksache 16/7643** **abgelehnt**.

Das ist das Ende der heutigen Sitzung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir uns alle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hohen Hauses für die Kooperation in diesem Jahr bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

– Danke schön. – Ich bedanke mich zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen bei Ihnen für die Zusammenarbeit von hier oben nach unten und zurück. Das Präsidium wünscht Ihnen ein schönes

Weihnachtsfest, einen guten Rutsch in das neue Jahr, ohne zu verunfallen, und alles Gute für 2015.

Wir sehen uns am Mittwoch, dem 28. Januar 2015, um 10 Uhr zur nächsten Vollversammlung hier im Hohen Hause wieder.

Ich bedanke mich bei allen.

(Allgemeiner Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:28 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.